Stand: 17.12.2025 04:59:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12177

"Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/12177 vom 29.06.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16951 des SO vom 16.05.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/17352 vom 21.06.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.06.2016 Drucksache 17/12177

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Beratungsangebote zum Elterngeld und zur Elternzeit auszubauen. Durch die Einführung des "Elterngeld plus" hat sich der Beratungsbedarf deutlich erhöht. Die personelle Ausstattung der zuständigen regionalen Elterngeldstellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) wird diesem wachsenden Bedarf nicht mehr gerecht. Die personellen Kapazitäten der Elterngeldstellen sind deshalb aufzustocken. Auch die dezentralen Außensprechtage des ZBFS in verschiedenen bayerischen Städten und Landkreisen müssen weiter ausgebaut werden. Die Antragsformulare und der Online-Antrag zur Beantragung von Elterngeld werden in die gängigen Fremdsprachen übersetzt.

Das ZBFS leidet insgesamt unter einem kontinuierlichen Stellenabbau im Zuge der Umsetzung des Art. 6b Haushaltsgesetz, bei gleichzeitig kontinuierlicher Ausweitung der Aufgaben. Der weitere Stellenabbau im Rahmen der Umsetzung von Art. 6b muss deshalb sofort gestoppt werden. Die in den letzten vier Jahren vollzogenen Stellenstreichungen sind umgehend zu revidieren. Alle Wiederbesetzungssperren bei frei werdenden Stellen sind aufzuheben.

Die unzureichenden Beratungskapazitäten des ZBFS gehen zu Lasten der Familienberatungsstellen bzw. Schwangerschaftsberatungsstellen der freien Träger. Sie werden zunehmend durch Beratungsanfragen zum Elterngeld blockiert. Auch die Beratungskapazitäten der Schwangerenberatungsstellen zur Information über familienfördernde Leistungen müssen deshalb verbessert werden. Ziel ist ein insgesamt bedarfs- und flächendeckendes Angebot an persönlichen Beratungsmöglichkeiten zu allen Fragen des Elterngelds und der Elternzeit.

Begründung:

Seit der Einführung des Elterngeld plus mit Partnerschaftsbonus und flexiblerer Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, hat sich der Bedarf an Information und individueller Beratung aufgrund der als kompliziert empfundenen Regelung bei den betroffenen Eltern rasant erhöht, so dass bei den zuständigen Stellen wesentlich häufiger als bisher Beratungsangebote eingefordert werden.

Der Vollzug des Bundeselterngeldgesetzes ist den Ländern übertragen worden. In Bayern liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung des Elterngelds beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS). Trotz der stark gestiegenen Beratungsnachfrage wurden die Personalkapazitäten bei den zuständigen Elterngeldstellen nicht aufgestockt. Im Gegenteil: durch den kontinuierlichen Stellenabbau im Zuge der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung nach Art. 6b Haushaltsgesetz leidet das ZBFS in vielen Bereichen unter einem chronischen Personalmangel. Angesichts zusätzlicher Aufgaben müssen der Stellenabbau und die Wiederbesetzungssperre bei frei werdenden Stellen umgehend gestoppt werden.

Auch die dezentralen Sprechtage des ZBFS wurden nicht weiter ausgebaut. Dadurch bleibt das Angebot an persönlicher und individueller Beratung für Eltern in Bayern weit hinter dem Bedarf zurück. Angesichts der umfangreichen und komplizierten Regelungen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit, reichen die Online-Informationen und Online-Antragsunterlagen der zuständigen Ministerien als Grundlage für eine Antragstellung häufig nicht aus. Insbesondere für Eltern aus bildungsfernen Schichten und für Eltern mit Migrationshintergrund ist die Antragstellung in der Regel nicht allein zu bewältigen.

Angesichts der unzureichenden Kapazitäten bei den Elterngeldstellen landen zahlreiche Beratungsanfragen bei den Schwangeren- und Familienberatungsstellen, die diesen Bedarf nicht annähernd auffangen können, ohne ihre Kernaufgaben zu vernachlässigen. Auch hier müssen also die personellen Kapazitäten aufgestockt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend geschult werden. Um den Zugang zum Elterngeld für Menschen mit nur eingeschränkten Deutschkenntnissen zu erleichtern, sollten die Antragsunterlagen und -formulare in verschiedene Fremdsprachen übersetzt werden.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/16951 16.05.2017

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, **Familie und Integration**

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/**12177**

Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ulrich Leiner** Mitberichterstatter: Joachim Unterlän-

der

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 27. April 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 16. Mai 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 155. Sitzung am 16. Mai 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.06.2017 Drucksache 17/17352

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/12177, 17/16951

Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen für die einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorgelegte Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Kollegin Claudia Stamm schließt sich dem Votum mit an und stimmt zu.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen Drs. 17/12177, 17/16951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Angemessene Unterbringung von queeren Geflüchteten in Bayern Drs. 17/15854, 17/16957 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geodaten kostenfrei nutzbar machen Drs. 17/16024, 17/17071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Auch Kunst- und Kulturlehrpfade ermöglichen! Drs. 17/16134, 17/17161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Beleghebammen unterstützen Drs. 17/16140, 17/17158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	团	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden Drs. 17/16156, 17/17157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Bericht zu geplanten "bayerischen Transitzentren" Drs. 17/16163, 17/16945 (E) [X]

Antrag gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren Drs. 17/16168, 17/17162 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU Bayerische Fluchtursachenbekämpfung in Afrika und im Nahen Osten Drs. 17/16173, 17/17172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u.a. CSU Soziale Berufe zukunftsfest machen!

Drs. 17/16201, 17/17144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU) Abgabe von Wasserstoffperoxid an Jäger weiterhin ermöglichen Drs. 17/16320, 17/17077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

12.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
	Wasserarmut in Franken – was macht die Staatsregierung?
	Drs. 17/16324, 17/17068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sofortmaßnahme gegen Lehrermangel an Grundschulen: Einsatz von Realschul- und Gymnasiallehrkräften als Lotsen für den Übertritt Drs. 17/16325, 17/17167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid gewährleisten Drs. 17/16344, 17/17076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Förderprogramm für Investitionen in umweltschonende Landmaschinen Drs. 17/16346, 17/17188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung: Weißbuch zur Zukunft Europas: Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27 Drs. 17/16348, 17/17171 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzerthaus-Neubau und Gasteig-Sanierung: Für eine praktikable und kostensparende Lösung für die Musikstadt München Drs. 17/16351, 17/17163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen bei psychisch Kranken Drs. 17/16363, 17/17160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Bericht über neue Verfahren in der Gentechnologie Drs. 17/16447, 17/17069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Neunjähriges Gymnasium auch für bestehende 5. und 6. Klassen ermöglichen! Drs. 17/16466, 17/17165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Bericht zu Cum-Ex Drs. 17/16650, 17/17072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Beste Bildung – von Anfang an XI – Qualitätsberatung und -begleitung für die Kindertagespflege Drs. 17/16653, 17/17004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)
Drs. 17/16806, 17/17002 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerns Übertrittsverfahren reformieren – Lernentwicklungsgespräche statt Übertrittszeugnis Drs. 17/16828, 17/17166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vollzug des Ausländerrechts praxistauglich gestalten – Planungssicherheit für Bayerns Betriebe Drs. 17/16963, 17/17169

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht über den Stand der Arbeiten an einem Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz (Psych-KHG) Drs. 17/16842, 17/16944

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Bericht zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst Drs. 17/15819, 17/17140

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat